

Beschlüsse

zur ordentlichen
Bundeskonferenz der
Arbeitsgemeinschaft
Migration und Vielfalt

am 10. September 2022 in Berlin

Übersicht der Beschlüsse zur Bundeskonzferenz der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt

Mitglieder der Antragskommission

Bundesvorstand

Irena Rudolph-Kokot

Aziz Bozkurt

Aus den Landesverbänden und Bezirken

Timo Schramm	Berlin
Mohamed Sayed	Thüringen
Thevagar Mohanadhasan	Hessen-Nord
Senthuran Sivanda	Nordrhein-Westfalen
Christopher K. Schmidt	Schleswig-Holstein
Karoline Kolisang	Rheinland-Pfalz

Anträge

Inhaltsverzeichnis

MuV - A - Arbeitsprogramm

A01	Arbeitsprogramm der AG Migration und Vielfalt 2022 bis 2024 Mehr Fortschritt wagen – auch für unsere Einwanderungsgesellschaft	8
-----	--	---

MuV - AP - Aufenthaltsperspektiven

AP01	Chancen-Aufenthaltsrecht – aber richtig!	14
AP02	Änderung des Chancenaufenthaltsrechts	16
AP03	Schließung der Abschiebehaftanstalten	17
AP04	Antrag auf Abschaffung der ‚Ausbildungsduldung‘ und Verbesserung des Zugangs zu Sprachkursen	18
AP05	Mehr Fairness für ausländische Studierende	19
AP06	Umverteilung der Asylsuchenden auf Kommunen aus sogenannten „Ankerzentren“ nach maximal 3 Monaten!	20
AP07	Änderung des Aufenthaltstitels § 60a - Vorübergehende Aussetzung der Abschiebung (Duldung)!	21

MuV - DR - Antidiskriminierung/Antirassismus

DR01	Antidiskriminierungsstrategie für Frauen mit Migrationshintergrund, um entschieden gegen Mehrfachdiskriminierung vorzugehen	22
DR02	Teilnahme der SPD am Bündnis "Aufstehen gegen Rassismus"	23

MuV - IT - Integration und Teilhabe

IT01	Sprach-Kitas retten – Keine Kürzungen zulasten der Integration und Inklusion in Kitas	24
IT02	Die Staatsangehörigkeitsreform muss mit einer bundesweiten Einbürgerungskampagne flankiert werden	25
IT03	Einbürgerung hier und jetzt! Lockerung des Einbürgerungsprozesses!	26
IT04	Hinnahme von Mehrstaatigkeit	27
IT05	Bessere Anerkennung ausländischer Qualifikationen zur Entschärfung des Fachkräftemangels	28
IT06	Stärkung der Integrationsarbeit im ländlichen Raum	30
IT07	Kultursensible Hilfe für Kinder und Schüler*innen in Kitas/Schulen und ärztlichen Untersuchungen!	31

MuV - Mi - Migration

Mi01	Aufnahme aus Afghanistan umsetzen!	32
Mi02	Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan umsetzen	34
Mi03	Sofortige Aufnahme Schutzsuchender aus Afghanistan	36
Mi04	Landesaufnahmeprogramme für Menschen in Not ermöglichen	37
Mi05	Beschleunigung und Erleichterung der Visavergabe bei Visa zur medizinischen Behandlung	38
Mi06	Vergessenes Elend - Die Würde des Menschen ist unantastbar	39
Mi07	Keine Asylverfahren an den europäischen Außengrenzen!	40
Mi08	Bestrafung/Sanktionierung von Staaten, die PUSHBACKS tolerieren! Schutzsuchende sind keine ILLEGALEN!	41

MuV - S - Sicherheitspolitik

S01	Friedens- und Sicherheitspolitik in den Blick nehmen	44
S02	Einbeziehung des Bundessicherheitsrates in den Deutschen Bundestag	45
S03	Generelles Exporterbot von Handfeuerwaffen und Waffenfabriken	46

MuV - O - Organisation

001	Vielfalt leben statt predigen: Besetzung der Funktionen und Mandate innerhalb und für die SPD mit Menschen mit Einwanderungsgeschichte	42
002	Einrichtung einer Bundes-AG für Innere Sicherheit	43

Antrag A01: Arbeitsprogramm der AG Migration und Vielfalt 2022 bis 2024 Mehr Fortschritt wagen – auch für unsere Einwanderungsgesellschaft

Antragsteller*in:	MuV Bundesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	MuV - A - Arbeitsprogramm

1 In den letzten Jahren hat sich unsere AG zu einer der am stärksten sichtbaren
2 Akteurinnen in der SPD entwickelt. Zahlreichen Diskussionen in unseren Themenfeldern
3 konnten wir unseren Stempel aufdrücken. Und insbesondere in der Großen Koalition
4 haben wir als Korrektiv gewirkt. Unser Anspruch ist jedoch, nicht nur Korrektiv zu
5 sein, sondern zu gestalten. Wir haben in den letzten Jahren unsere Hausaufgaben
6 gemacht und die Programmatik der SPD in unseren Themenfeldern entscheidend
7 mitgeprägt. Dieser war im Wahlprogramm zu sehen und hat Eingang in den
8 Koalitionsvertrag der Ampelregierung gefunden.

9 Nun gilt es, in den nächsten Jahren die Programmatik der SPD weiterzuentwickeln und
10 die Umsetzung der Vereinbarungen eng zu begleiten. Dafür müssen unsere internen
11 Netzwerke weiter ausgebaut und aus den Bundesländern koordiniert gemeinsame
12 Anstrengungen unternommen werden. Die wachsende Vielfalt auch in Führungspositionen,
13 die wir aktiv mit fördern und fordern, ist dabei notwendig, um erfolgreich zu werden.
14 Dass unsere AG sich erfolgreich für die Vielfalt einsetzt, hat sich gerade in der
15 neuen SPD-Bundestagsfraktion bestätigt. Nie zuvor waren so viele Menschen mit
16 Migrationsgeschichte im Bundestag – das bestärkt uns in unserer Arbeit und spornt uns
17 an weiterzumachen.

18 Darüber hinaus hat der Austausch mit den Organisationen unserer
19 Einwanderungsgesellschaft gezeigt, dass viele Hoffnungen mit der SPD verbunden sind.
20 Unsere Vorschläge zur Zielgruppenarbeit werden wir weiterhin energisch einbringen.
21 Gemeinsam mit Partner*innen innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie wollen wir
22 den Zusammenhalt in unserer Einwanderungsgesellschaft stärken.

23 **Organisatorische Schwerpunkte**

24 Viele Instrumente und die bisherige Arbeit des Bundesvorstands haben sich bewährt und
25 wir wollen diese weiterentwickeln und weiterführen. Gerade die Pandemie stellte uns
26 vor neue Herausforderungen, die wir angenommen haben und auch zukünftig kreativ lösen
27 wollen. Folgende organisatorische Schwerpunkte wollen wir deshalb in den nächsten
28 Jahren setzen:

- 29 1. Unsere bisherigen Erfolge basieren auf guten und verlässlichen Netzwerken. Diese
30 wollen wir weiter ausbauen und stärken:
- 31 • Wie schon in der Vergangenheit wollen wir uns innerhalb der Sozialdemokratie und
32 der ihr nahestehenden Institutionen, wie der Friedrich-Ebert-Stiftung, eng

33 verzahnen. Dabei wird der Austausch mit der Bundestagsfraktion, insbesondere in
34 Person des / der Integrationsbeauftragten, aber auch mit der Querschnitts-AG
35 Integration einen wichtigen Punkt darstellen. Die Zusammenarbeit mit der
36 Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration Reem
37 Alabali-Radovan wird hierbei eine besonders wichtige Rolle spielen.

- Wie schon in den vergangenen Jahren wollen wir themenbezogen mit den anderen
38 Arbeitsgemeinschaften auf Bundesebene zusammenarbeiten. Hier gilt es das
39 vorhandene Netzwerk weiter auszubauen, zu stärken und gemeinsame Inhalte und
40 Veranstaltungsformate zu entwickeln.
41
- Pandemiebedingt musste der geplante dritte Kommunalkongress abgesagt werden. Mit
den ersten beiden Kommunalkongressen konnten wir in der Vergangenheit zahlreiche
42 aktive Genoss*innen mit Migrationshintergrund zusammenbringen. Durch
43 Podiumsdiskussionen, Vorträge und Fachforen fand ein informeller Austausch
44 statt. Auf dem Kommunalkongress diskutieren Expert*innen aus unterschiedlichen
45 Bereichen zentrale Integrations- sowie kommunale Fragen. Wir wollen den Kongress
46 deshalb weiterführen.
47
- Zivilgesellschaftliche Akteur*innen sind von besonderer Bedeutung für unsere
Arbeit, um Druck für unsere Themen von außen erzeugen zu können, aber auch um
Problemlagen schneller zu erkennen. Unsere Idee für einen Beirat oder Gipfel mit
49 Vertreter*innen der Neuen deutschen Organisationen und Migrantenorganisationen
50 wurde in Zusammenarbeit mit unserer stellv. Parteivorsitzenden aufgegriffen und
51 es wurden zusammen mit unserem Bundesvorsitzenden zivilgesellschaftliche
52 Akteur*innen zur Diskussion eingeladen. Diese Arbeit soll fortgesetzt werden.
53
- Wir haben anfangen uns auch international zu vernetzen. Gerade das Thema
54 Migration zeigt, dass der Blickwinkel und der Umgang in verschiedenen Staaten
55 sehr emotional und sehr unterschiedlich ausgestaltet sind. Als inhärent
international angelegt kann es aber ernsthaft auch nur international angegangen
56 werden. Um auch europaweit für unsere Ideen und Ideale zu werben, brauchen wir
57 Partner*innen. Wir sind daher mit der SPE, der S&D Fraktion und den
58 Partnerparteien der SPD in Kontakt getreten und haben begonnen, Wege des
59 inhaltlichen Austausches ermittelt. Viele unserer Vorhaben mussten leider
60 aufgrund der Pandemie angehalten werden. Dennoch ist uns die Wichtigkeit eines
61 Austausches mit unseren Schwesternparteien sehr wichtig. Wir werden wieder enger
62 zusammenrücken, uns austauschen und organisieren. Diese Vernetzung möchten wir
63 weiter ausbauen und fortführen.
64
- Der „Preis der Vielfalt“, der 2015 ins Leben gerufen wurde erhält sehr großen
65 Zuspruch. Mit der aktuellen Bundeskonferenz wird der Preis im Themenfeld „Sport
66 und Antirassismus“ vergeben. Der Preis wird alle 2 Jahre auf der ordentlichen
67

68 Bundeskonferenz in einem angemessenen Rahmen verliehen und von prominenten
69 Laudator*innen begleitet werden. Mit dem Preis wollen wir
70 zivilgesellschaftliches Engagement ehren, aber auch unser Netzwerk erweitern und
71 parteiintern sichtbar machen, welche innovative Arbeit in der Gesellschaft
72 geleistet wird.

- 73
74
75
- 76 2. Uns ist seit AG-Gründung der praktizierte inhaltliche Austausch mit den
77 regionalen Akteur*innen sehr wichtig. Instrumente, die sich bewährt haben,
78 sollen auch weiterhin genutzt und weiterentwickelt werden:
- 79 • Unser Newsletter diente in der Vergangenheit dem Austausch von Informationen
80 zwischen der Bundes- und Landesebene und innerhalb der Landesverbände. In
81 Zukunft soll der Newsletter noch mehr zu einem inhaltlichen Diskursmedium
82 ausgebaut werden, in dem kontroverse Diskussionen Platz finden. Mit beginnenden
83 Präsenzterminen wollen wir den Newsletter auch wieder aufleben lassen.

 - 84 • Die Sozialen Medien sind weiterhin ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit im
85 Austausch mit den Akteur*innen auf allen Ebenen. Diesen Austausch wollen wir
86 auch zukünftig intensiv führen. Bei politischen Ereignissen war es möglich,
87 schnell mit einem Statement zu reagieren. Digitale Kampagnen waren ebenfalls
88 einfach erstellt und daher ein gutes Instrument zur Umsetzung und Unterstützung
89 unserer Themen. Das wollen wir weiterführen und unsere Community stärken, damit
90 gegenseitig viel mehr geteilt und verbreitet wird.

 - 91 • Sobald wieder möglich, sollen die BuVo-Sitzungen wieder an abwechselnden Orten
92 stattfinden. Damit wollen wir mit unseren Arbeitsgemeinschaften vor Ort Themen
93 voranbringen und Präsenz zeigen.
- 94 3. Inhalte werden nicht umgesetzt, wenn sie nicht sichtbar sind. Wir wollen darum
95 die Aufmerksamkeit, die wir bei einem Fachpublikum geschaffen haben, ausweiten:
- 96 • Wir wollen die innerparteilichen Kanäle für die Öffentlichkeitsarbeit intensiv
97 nutzen und zukünftig mit mehr Gesichtern aus dem Bundesvorstand sichtbar machen.
98 Dies hat in den letzten Jahren schon deutlich besser als zuvor funktioniert, ist
99 aber noch ausbaufähig.

 - 100 • An die bisherige erfolgreiche Pressearbeit des Bundesvorstandes wollen wir
101 anknüpfen und diese weiterführen. Der Weg nach Etablierung unserer AG noch
102 gezielter und ressourcenschonender zu reagieren, hat gut funktioniert.

 - 103 • Mit unseren neuen digitalen Plattformen „Talk in Colour“ und „Kitchen in Colour“
104 haben wir es während den Lockdowns geschafft, unsere Themen neu zu platzieren

105 und ein großes Publikum erreicht. Daran wollen wir weiter anknüpfen und sie
106 fortführen.

107 4. Die Interkulturelle Öffnung der SPD ist weiterhin eine wichtige Aufgabe für uns
108 und wir haben noch weiter einen Weg vor uns. Den Prozess wollen wir weiterhin
109 führen und mit dem Willy-Brandt-Haus begleiten. Dies umfasst für uns alle
110 Bereiche von der Neumitgliederansprache bis zur Förderung von Vielfalt in den
111 Führungsgremien. Wir wollen auch weiterhin transparent kommunizieren, wo wir als
112 SPD Schwachstellen, aber auch große Erfolge – wie in der Zusammensetzung der
113 Bundestagsfraktion – sehen.

114 **Inhaltliche Schwerpunkte**

115 Die Themen unserer Arbeitsgemeinschaft betreffen sämtliche Bereiche unserer
116 Einwanderungsgesellschaft. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass bei allen Vorhaben
117 auch immer die Themen Migration und Vielfalt als Querschnittsaufgaben im Vorfeld
118 mitgedacht werden. Nichtsdestotrotz setzen wir einen gesonderten Fokus auf einzelne
119 Bereiche, da sie aktuell Klärungsbedarf aufweisen oder der intensive öffentliche
120 Blick dies erfordert.

121 Einen großen Schwerpunkt wird, auf jeden Fall, inhaltlich die Begleitung der Vorhaben
122 im Koalitionsvertrag bilden. Vom Staatsangehörigkeitsrecht über die
123 Antidiskriminierungspolitik bis zur Umsetzung eines Partizipationsgesetzes haben wir
124 viele Punkte in den Koalitionsvertrag bringen können. Diese Themen wollen wir in den
125 nächsten Jahren eng begleiten und zum Erfolg führen.

126 Folgende Schwerpunkte wollen wir in den nächsten beiden Jahren setzen:

127 **1. Antirassismus und Kampf gegen Rechts**

128 Der Kampf gegen Rechts ist ein wichtiger Bestandteil der politischen Arbeit
129 aller SPD- Gliederungen. Für unsere Arbeitsgemeinschaft spielt das Thema, ganz
130 eng verbunden mit antirassistischer Arbeit, eine große Rolle.

131 Wir werden uns weiter öffentlich zu Wort melden, bei rechten und/ oder rassistischen
132 Übergriffen, wenn Behörden Aufklärungen verschleppen oder selbst rechts unterwandert
133 sind. Auch parteiintern werden wir weiter mit Nachdruck daran erinnern, wofür die
134 Sozialdemokratie steht und dass wir das Bollwerk gegen Rechts sind, gerade in
135 Regierungsverantwortung.

136 Leider gibt es in diesem Themenfeld, wie auch die Berichte aller Sicherheitsbehörden
137 belegen, noch viel zu tun. Unsere Arbeitsgemeinschaft und viele
138 Bundesvorstandsmitglieder werden sich dementsprechend weiter in regionalen und
139 überregionalen Strukturen gegen Rechts engagieren, regelmäßig bei Demonstrationen und
140 an Veranstaltungen teilnehmen und neue Ideen aus der Bundesarbeitsgemeinschaft in die
141 Fläche tragen. Das Thema ist uns so wichtig, dass wir alle daran arbeiten werden.

142 Wir müssen uns darauf einstellen, dass vor allem die so genannte neue Rechte auch

143 zukünftig aktuelle Themen für sich nutzen wird, wie derzeit schon bei den Themen
144 Corona, Krieg/ Frieden, Inflation/ steigende Preise zu sehen ist. Hier müssen wir
145 aufklären und uns als Sozialdemokratie nachhaltig für den sozialen Zusammenhalt der
146 Gesellschaft einsetzen. Wir als Arbeitsgemeinschaft werden analytisch inhaltlich dazu
147 unseren Beitrag leisten.

148 Beim Thema Antirassismus werden wir unseren Fokus auch weiterhin auf die
149 Institutionen legen. Dort ist noch in weiter Weg zurückzulegen. Auch wenn wir in
150 Anträgen und Beschlüssen viele Wege aufgezeigt haben, wie institutioneller Rassismus
151 abgebaut werden kann und muss, gibt es in der Umsetzung noch Luft nach oben. Die
152 immer wieder zum Thema zu machen ist unsere Aufgabe.

153 2. Migration und Flucht

154 Der Austritt der CDU aus der Regierungsverantwortung hat sich bereits positiv
155 bemerkbar gemacht. Die SPD lässt Worten Taten folgen und schafft viele
156 ungerechte Hürden für die sinnvolle Integration von geflüchteten Menschen, die
157 bei uns Zuflucht gefunden haben, ab. Jetzt gilt es vor allem, den positiven
158 Einfluss zu nutzen, zu unterstützen und an einigen Stellschrauben nachzuziehen.
159 Gerade vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise erleben wir, wie eine schnelle und
160 unbürokratische Hilfe aussehen kann. Wir werden uns verstärkt dafür einsetzen,
161 dass Geflüchtete aus anderen Ländern die gleichen Chancen erhalten, wie die EU-
162 nahen ukrainischen Bürger*innen. Es darf keine Geflüchtete erster und zweiter
163 Klasse geben! Wir fordern außerdem nach wie vor die dringend notwendige
164 humanitäre Verbesserung der Situation von Geflüchteten an den EU-Außengrenzen
165 und eine gerechte Verteilung auf Länder, die die Menschenwürde achten und
166 Perspektiven bieten. In diesem Kontext erarbeiten wir eine gerechte Regelung,
167 die die Dublin-Verordnung endlich ersetzt. Auch wird uns der Umgang mit den
168 afghanischen Ortskräften noch weiter beschäftigen, da wir als Bundesrepublik
169 hier eine besondere Verantwortung tragen. Es ist eine Selbstverständlichkeit,
170 dass bereits in Deutschland lebende Menschen aus Konfliktregionen nicht
171 zurückgeschickt werden, jedoch ist die Umsetzung des Familiennachzugs gerade vor
172 dem Hintergrund der desolaten Situation vor Ort eine große Baustelle, die
173 erfordert, dass unser Bürokratismus überdacht und eine unkomplizierte Lösung für
174 die Betroffenen erarbeitet werden muss.

3. Feminismus und Migration

175 Es gehört zur traurigen gesellschaftlichen Realität in Deutschland, dass eine
176 marginale Anzahl von Burkaträgerinnen eine größere Debatte und Emotionalität
177 hervorruft, als die häufigen Akte körperlicher, und speziell auch sexueller
178 Gewalt, welche Flüchtlingsfrauen erfahren haben oder noch erfahren. Dies sagt
179 viel über das Verständnis von Frauenrechten in Bezug auf Migrantinnen aus. Oft
180 geht es nur vordergründig um den Schutz von Frauen, eigentlich aber, um die
181 Bestätigung und Abgrenzung des Selbst- und Fremdbildes. Wir haben die Debatte in
182 den letzten Monaten und dem letzten Jahr gestartet. Gemeinsam mit der ASF hatten
183 wir eine Fachtagung, in der uns Fachfrauen unsere Ansatzpunkte bestätigt haben.
184 Nun wird es darum gehen, die gewonnen Erkenntnisse in einen Antrag für den

185 Bundesparteitag einfließen zu lassen. Mehrfachdiskriminierung von Frauen mit
186 Migrations- und Fluchterfahrung darf nicht mehr ungestraft toleriert werden.
187

4. Religiöse Vielfalt

In der SPD wird die Debatte um die Gleichstellung des „Islam“ sehr
188 unterschiedlich geführt, eine klare Haltung scheint es nicht zu geben. Wir haben
189 deshalb versucht, eine Debatte darüber auszulösen, wie wir seitens der
190 Sozialdemokratie Fragen der religiösen Vielfalt und zum Umgang mit dem Islam
191 zeitgemäß beantworten können. Dabei wollten wir uns insbesondere der
192 Herausforderung stellen, wie man die Organisationen der Muslime unterstützen
193 kann, sich von den Herkunftsregionen zu emanzipieren. Zudem wollten wir dabei
194 die Rolle und Ausrichtung der unterschiedlichen Verbände näher betrachten und
195 dabei nicht übersehen, dass eine deutliche Mehrheit der Muslime – genau wie bei
196 anderen religiösen Gruppen – nicht in einem Verband organisiert sind, aber
197 trotzdem religionspolitische Forderungen haben können. Diese Aufgabe müssen wir
198 intensiver bearbeiten. Wir haben Gespräche mit Vertreter*innen der SPD-
199 Bundestagsfraktion, der FES, der Akademie für Islam in Wissenschaft und
200 Gesellschaft an der Goethe Universität Frankfurt am Main, der Alhambra
201 Gesellschaft e.V. und dem muslimischen Avicenna-Studienwerk geführt. Diese
202 Gespräche und Auseinandersetzungen möchten wir weiter durchführen und ausweiten.
203
204

Antrag AP01: Chancen-Aufenthaltsrecht – aber richtig!

Antragsteller*in:	MuV Bundesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	MuV - AP - Aufenthaltsperspektiven

- 1 Mit dem Koalitionsvertrag wurde das Ende der zermürenden Kettenduldungen
2 eingeleitet. Eine wichtige Perspektive für die Betroffenen die jahrelang in der
3 Ungewissheit verharren mussten, aber auch eine Perspektive für die gesamte
4 Gesellschaft, in der ca. eine Viertel Million Menschen in einer Duldung leben.
- 5 Der aktuelle Entwurf des „Chancen-Aufenthaltsrechts“ ist deshalb ein erster Ansatz.
6 Jedoch einer, der durch das Parlament noch deutlich angepasst werden muss. Der
7 Entwurf aus dem Bundesinnenministerium atmet leider zu sehr den Geist der früheren
8 Hausleitung unter Unionsführung. Wir erwarten, dass die SPD Führung im BMI Strukturen
9 und Personal so umbaut, dass dem gesellschaftspolitischen Aufbruch, den die Koalition
10 versprochen hat, keine Ketten angelegt werden. Ein unbesetzter Staatssekretärsposten
11 zu Migration und Staatssekretäre und Abteilungsleiter als Überbleibsel der Seehofer-
12 Zeit bremsen die Agenda der Ampel aus und müssen zügig angegangen werden.
- 13 Die sozialdemokratischen Abgeordneten des Bundestages fordern wir auf, darauf
14 hinzuwirken, den Entwurf mindestens an folgenden Punkten anzupassen:
- 15 • Es reicht nicht aus, dass wahrscheinlich nicht mal die Hälfte der Geduldeten von
16 den Regelungen profitieren können werden. Der Stichtag mit dem 1.1.2022 und die
17 Aufenthaltsdauer von mindestens 5 Jahren muss angepasst werden. Idealer wäre die
18 komplette Aufhebung der Frist. So könnten wir Perspektiven schaffen, wo
19 Kettenduldungen und verlorene Potentiale für unsere Gesellschaft vorprogrammiert
20 sind.
 - 21 • Die Pandemie und auch der Krieg in der Ukraine führen zu wirtschaftlichen
22 Krisen. Dies trifft gerade die Ärmsten in unserer Gesellschaft. Daher muss die
23 einjährige Aufenthaltsdauer auf Probe zeitlich erweitert werden.
 - 24 • Im Koalitionsvertrag wurde klar geregelt, dass „die Klärung der Identität [...] um
25 die Möglichkeit, eine Versicherung an Eides statt abzugeben“ erweitert werden
26 soll. Dies muss im Zuge des Chancen-Aufenthaltsrechts umgesetzt werden, damit
27 nicht unnötig Hürden aufgebaut werden.
 - 28 • Die Ausführung und Umsetzung der Bundesgesetze diesbezüglich muss einheitlich in
29 den Länder erfolgen. Insbesondere bedarf es hierbei eines Kataloges für diverse
30 Kriterien, die in das Bundesgesetz aufzunehmen erforderlich ist - hilfsweise
31 durch Einführung bundeseinheitliche Verwaltungsvorschriften und/oder -
32 richtlinien für eine konsequente Durchführung, die eines regelmäßigen
33 Monitorings durch Erweiterung des Personals zu gewährleisten ist.

Empfänger*in(nen):

SPD Parteikonvent

SPD Parteitag

SPD Bundestagsfraktion

Antrag AP02: Änderung des Chancenaufenthaltsrechts

Antragsteller*in:	MuV Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Sachgebiet:	MuV - AP - Aufenthaltsperspektiven

- 1 Wir beantragen, den Gesetzentwurf zum neuen Chancenaufenthaltsrecht zu ändern.
- 2 Momentan leben in Deutschland über 240.000 Menschen mit einer Duldung (ProAsyl). Der
- 3 aktuelle Gesetzentwurf greift jedoch nur für 136.000 bereits in Deutschland lebende
- 4 Menschen (Bundesregierung), da die anderen bereits länger als fünf Jahre in
- 5 Deutschland leben.
- 6 Der Entwurf/das Gesetz muss daher umgeändert werden auf:
- 7 „Menschen, die bei Antragsstellung auf diesen Aufenthaltstitel seit mindestens fünf
- 8 Jahren in Deutschland leben, nicht straffällig geworden sind und sich zur
- 9 freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen, sollen eine einjährige
- 10 Aufenthaltserlaubnis auf Probe erhalten können, um in dieser Zeit die übrigen
- 11 Voraussetzungen für ein Bleiberecht zu erfüllen (insbesondere
- 12 Lebensunterhaltssicherung und Identitätsnachweis gemäß §§ 25 a und b AufenthG)“.

Antrag AP03: Schließung der Abschiebehaftanstalten

Antragsteller*in:	MuV Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Sachgebiet:	MuV - AP - Aufenthaltsperspektiven

- 1 Wir fordern die Abschaffung von § 62 Aufenthaltsgesetz über die Abschiebungshaft.

Empfänger*in(nen):

SPD Parteikonvent

SPD Parteitag

Antrag AP04: Antrag auf Abschaffung der ,Ausbildungsduldung‘ und Verbesserung des Zugangs zu Sprachkursen

Antragsteller*in:	MuV Landesverband Bayern
Status:	angenommen
Sachgebiet:	MuV - AP - Aufenthaltsperspektiven

- 1 Antrag der AG Migration und Vielfalt der BayernSPD an die Bundeskonferenz der AG
2 Migration und Vielfalt der BundesSPD:
- 3 1. Die Ausbildungsduldung gemäß §§ 60a Abs. 2 Satz 3, 60c AufenthG ist in einen
4 Anspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitels umzuwandeln.
- 5 2. Die Ausschlussgründe des § 60c Abs. 2 Ziff.5 AufenthG werden gestrichen.
- 6 3. Der Zugang zu Sprachkursen für Auszubildende mit Duldungsstatus ist durch einen
7 genaueren Zuschnitt auf die Bedarfe zu verbessern, z.B.
- 8 • durch einen besseren Überblick und eine bessere Verbreitung der Informationen
9 über die bestehenden Angebote,
- 10 • durch ein Angebot an Deutschsprachkursen auch vor der Ausbildung als
11 Vorbereitungsmaßnahme (und nicht nur während der Ausbildung),
- 12 • durch Deutschsprachkurse während der Ausbildung vor Ort (in Schulen und/oder
13 Unternehmen), da die Fahrtwege ein Hindernis darstellen.
- 14 4. Für die Anträge auf eine zweijährige Aufenthaltserlaubnis nach der Ausbildung ist
15 als Sofortmaßnahme das Beantragungs- und Genehmigungsverfahren zu vereinfachen,
16 insbesondere in Bezug auf die Identitätsklärung und auf den Nachweis der
17 Deutschkenntnisse.
- 18 5. Für den Fall, dass die Ausbildung nicht erfolgreich abgeschlossen wird, ist schon
19 jetzt z.B. durch die Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis eine
20 Aufenthaltsperspektive zu schaffen.
- 21 6. Bei Nachweis eines Beschäftigungsverhältnisses oder bei realistischen Chancen auf
22 dem Arbeitsmarkt ist ein vollständiger Spurwechsel zuzulassen.
- 23

Empfänger*in(nen):

SPD Parteikonvent

SPD Parteitag

Antrag AP05: Mehr Fairness für ausländische Studierende

Antragsteller*in:	MuV Bezirk Hessen-Nord
Status:	angenommen
Sachgebiet:	MuV - AP - Aufenthaltsperspektiven

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine Änderung des Aufenthaltsgesetzes
- 2 sowie der entsprechenden Ausführungsbestimmungen herbeizuführen, die sicherstellt,
- 3 dass ausländische Studierende neben dem sog. Sperrkonto auch andere Nachweise
- 4 ausreichender Mittel durch die Ausländerbehörde anerkannt werden müssen.
- 5 Darüber hinaus soll ein eigenes Fördersystem etabliert werden, das besonders
- 6 förderwürdigen ausländischen Studierenden ein Studium in Deutschland ermöglicht.

Empfänger*in(nen):

SPD Parteikonvent

SPD Parteitag

Antrag AP06: Umverteilung der Asylsuchenden auf Kommunen aus sogenannten „Ankerzentren“ nach maximal 3 Monaten!

Antragsteller*in:	MuV Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	MuV - AP - Aufenthaltsperspektiven

- 1 Wir begrüßen, dass die Koalition Ankerzentren nicht mehr weiterverfolgt.
- 2 Der Aufenthalt in den Verwahrzentren muss auf eine Dauer von maximal 3 Monaten
- 3 begrenzt werden.
- 4 Die hohe Verweildauer von Asylsuchenden in Erstaufnahmeeinrichtungen ist ein weiteres
- 5 Isolieren und Wegsperren von Schutzsuchenden. Nur durch eine schnelle Verteilung auf
- 6 die Kommunen können die Asylsuchenden sich in ihrem neuen Leben schneller
- 7 zurechtfinden. Die Verweildauer von derzeit bis zu mehr als 18 Monaten isoliert die
- 8 Schutzsuchenden und schließt sie von der Gesellschaft in Deutschland aus. Der Zugang
- 9 zu Bildungsangeboten ist eingeschränkt, die Bewegungsfreiheit ist eingeschränkt und
- 10 zudem unterliegen sie dem Arbeitsverbot.
- 11 Die Ankerzentren stellen somit eher eine lockere Haftanstalt dar, in der
- 12 Schutzsuchende mit erheblichen traumatischen Erlebnissen keinerlei angemessene Hilfe
- 13 zukommen kann.
- 14 Viele Kommunen sind bereit, Schutzsuchende sofort aufzunehmen. Die Asylverfahren und
- 15 bürokratischen Verfahrensprozesse können genauso gut aus den Aufenthaltsorten in den
- 16 Kommunen geführt werden.

Empfänger*in(nen):

SPD Parteikonvent

SPD Parteitag

Antrag AP07: Änderung des Aufenthaltstitels § 60a - Vorübergehende Aussetzung der Abschiebung (Duldung)!

Antragsteller*in:	MuV Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	MuV - AP - Aufenthaltsperspektiven

- 1 Wir fordern die Änderung des §60a AufenthG. Die Aussetzung der Abschiebung für einen
- 2 bestimmten Zeitraum von jeweils drei Monaten soll nur noch auf diejenigen Ausländer
- 3 zutreffen, welche physisch und psychisch zumutbar in der Lage sind, die zur Ausreise
- 4 ins Heimatland notwendigen Papiere zu beschaffen.

5

Empfänger*in(nen):

SPD Parteikonvent

SPD Parteitag

Antrag DR01: Antidiskriminierungsstrategie für Frauen mit Migrationshintergrund, um entschieden gegen Mehrfachdiskriminierung vorzugehen

Antragsteller*in:	MuV Bundesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	MuV - DR - Antidiskriminierung/Antirassismus

- 1 Der SPD-Bundesvorstand und die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für die Annahme und
- 2 Ratifizierung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinie ein und für ihre vollständige
- 3 Umsetzung im Rahmen des AGGs in Deutschland, um vor allem die nachweislich,
- 4 vorhandene Mehrfachdiskriminierung von Frauen mit Migrationshintergrund und
- 5 Fluchterfahrung rechtlich zu verhindern und endgültig zu beseitigen.

Empfänger*in(nen):

SPD Parteikonvent

SPD Parteitag

Antrag DR02: Teilnahme der SPD am Bündnis "Aufstehen gegen Rassismus"

Antragsteller*in:	MuV Landesverband Brandenburg
Status:	angenommen
Sachgebiet:	MuV - DR - Antidiskriminierung/Antirassismus

- 1 Durch die Wahlerfolge der rechtsextremistischen Alternative für Deutschland (AfD)
2 wurden und werden permanent gesellschaftliche Tabus gebrochen und rote Linien
3 überschritten, sodass rassistische und menschenfeindliche Positionen wieder
4 gesellschaftsfähig werden. Dem müssen wir als SPD nicht nur durch Worte, sondern
5 ebenfalls durch Taten wie der finanziellen Unterstützung von ehrenamtlichen
6 Strukturen, wie dem Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ entgegenreten. Dieses hat
7 sich im Frühjahr 2016 gegründet und koordiniert bundesweit mit drei hauptamtlichen
8 Mitarbeiter*innen die Arbeit von mehr als 70 regionalen und lokalen Gruppen, die sich
9 an der Planung, Durchführung, Begleitung von Kundgebungen, Demonstrationen,
10 Infoveranstaltungen, Konzerten sowie Flyer- und Plakataktionen beteiligen.
- 11 „Aufstehen gegen Rassismus“ wird getragen von einer Vielzahl von Organisationen und
12 Personen. Neben vielen lokalen Akteur*innen und Einzelpersonen aus verschiedenen
13 Organisationen, Gewerkschaften und Verbänden, sind u.a. die Jusos, Naturfreunde
14 Deutschlands, die IG-Metall, DGB-Jugend, ver.di und der Zentralrat der Muslime am
15 Bündnis beteiligt. Der Bundesverband unserer Partei ist leider nicht dabei. Nachdem
16 die Bundesregierung mit der Staatsministerin Reem Alabali-Radovan erstmals eine
17 Beauftragte für Antirassismus eingesetzt hat, wird es Zeit, dass die Bundes-SPD
18 endlich dem Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ beitrifft, um ein klares Statement zu
19 setzen, dass wir den Kampf gegen Rassismus gemeinsam und geschlossen vorantreiben.

Empfänger*in(nen):

SPD Parteivorstand

Antrag IT01: Sprach-Kitas retten – Keine Kürzungen zulasten der Integration und Inklusion in Kitas

Antragsteller*in:	MuV Bundesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	MuV - IT - Integration und Teilhabe

- 1 Das Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ und dessen
- 2 Vorgängerprogramm unterstützen seit 2011 die Integration, Inklusion und Sprachbildung
- 3 von Kindern in Kindertageseinrichtungen. Das Programm sichert zusätzliche, gut
- 4 ausgebildete Fachkräfte für die jeweiligen Sprach-Kitas und ermöglicht Beratungen und
- 5 Weiterqualifizierungen für Erzieherinnen und Erzieher. Das Programm ist eine der
- 6 erfolgreichsten Maßnahmen zur besseren Integration und Inklusion in den Kitas in
- 7 Deutschland.
- 8 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages auf, sich gegen den
- 9 geplanten Wegfall des Bundesprogramms „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur
- 10 Welt ist“ und jedwede Kürzung einzusetzen.

Empfänger*in(nen):

SPD Parteikonvent

SPD Bundestagsfraktion

Antrag IT02: Die Staatsangehörigkeitsreform muss mit einer bundesweiten Einbürgerungskampagne flankiert werden

Antragsteller*in:	MuV Landesverband Berlin
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	MuV - IT - Integration und Teilhabe

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion, die SPD-geführten Länder und die SPD-geführten Ressorts
- 2 in der Bundesregierung werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass im
- 3 Bundeshaushalt 2023, ausreichend Mittel für eine bundesweite, ressortübergreifende
- 4 Einbürgerungskampagne eingestellt werden. „: Der Einbu
- 5 unverzu
- 6 Menschen endlich die deutsche Staatsbu
- 7 erlangen. Bund, Länder und Kommunen sollen zusammen mit den verschiedenen
- 8 Eingewandertencommunities, die im Koalitionsvertrag beschlossene Reform des
- 9 Staatsangehörigkeitsrechts mit einer bundesweiten Einbürgerungskampagne begleiten.
- 10 Dazu gehören online- und offline Werbemittel, Mittel für online- und offline
- 11 Veranstaltungen sowie Mittel für die Ausbildung und das Einsetzen von
- 12 Einbürgerungslots*innen aus den verschiedenen Migrantcommunities.
- 13 Darüber hinaus fordern wir alle zuständigen Behörden und deren Mitarbeiter*innen auf,
- 14 regelmäßige Schulungen in interkultureller Kompetenz durchzuführen, u. a. in
- 15 Zusammenarbeit mit den örtlichen Antidiskriminierungsbeauftragten.

Empfänger*in(nen):

SPD Bundestagsfraktion

Länder mit SPD Regierungsbeteiligung

SPD geführte Ressorts in der Bundesregierung

Antrag IT03: Einbürgerung hier und jetzt! Lockerung des Einbürgerungsprozesses!

Antragsteller*in:	MuV Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	erledigt durch Annahme IT02
Sachgebiet:	MuV - IT - Integration und Teilhabe

- 1 Der Einbürgerungsprozess muss unverzüglich entbürokratisiert werden, damit die hier
- 2 seit Generationen lebenden Menschen endlich die deutsche Staatsbürgerschaft in einem
- 3 vereinfachten Verfahren erlangen.
- 4 Wir fordern die entsprechenden Behörden und deren Mitarbeiter*innen auf
- 5 interkulturelle Kompetenz zu schulen und in Kooperation mit den
- 6 Antidiskriminierungsbeauftragten den Einbürgerungsprozess als Kampagne durchzuführen.
- 7 Hierbei soll die Gesellschaft als GANZES eingebunden werden. Verbände, Vereine und
- 8 entsprechende Foren sollen die Kampagne begleiten und unterstützen.

Antrag IT04: Hinnahme von Mehrstaatigkeit

Antragsteller*in:	MuV Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Sachgebiet:	MuV - IT - Integration und Teilhabe

- 1 Die AG Migration und Vielfalt fordert die Bundesregierung auf, bei der anstehenden
- 2 Reform des Einbürgerungsrechts die Hinnahme von Mehrstaatigkeit nicht nur bei
- 3 ausländischen Staatsangehörigen zuzulassen, die die deutsche Staatsangehörigkeit
- 4 annehmen wollen, sondern auch bei deutschen Staatsangehörigen, die eine ausländische
- 5 Staatsangehörigkeit annehmen wollen.

Empfänger*in(nen):

SPD Mitglieder der Bundesregierung

SPD Bundestagsfraktion

Antrag IT05: Bessere Anerkennung ausländischer Qualifikationen zur Entschärfung des Fachkräftemangels

Antragsteller*in:	MuV Landesverband Bayern
Status:	überwiesen an Antragsteller*in zur Überarbeitung
Sachgebiet:	MuV - IT - Integration und Teilhabe

- 1 Die Unternehmen leiden zunehmend unter einem latenten Fachkräftemangel.
2 Smart Cities, Industrie 4.0, moderne Umwelttechnik – Deutschland will in diesen
3 Branchen führend sein. Dort wittern Unternehmen nachhaltige Wachstumschancen und neue
4 Arbeitsplätze. Doch seit Jahren kommt die Wirtschaft bei der Besetzung von
5 sogenannten MINT-Berufen – also Jobs in den Bereichen Mathematik, Informatik,
6 Naturwissenschaften und Technik – nicht nach.
7 Die aktuelle Fachkräfte-Lücke würde noch größer ausfallen, wären da nicht Fachkräfte
8 aus dem Ausland. Einen entscheidenden Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten laut
9 den Wirtschaftsexperten Migrant*innen aus Mittel- und Osteuropa.
10 Trotz Corona hatten Unternehmen Fachkräfteengpässe im vergangenen Jahr und erwarten
11 solche für das neue Jahr.
12 Um insbesondere das Potenzial ausländischer Fachkräfte für Deutschland besser zu
13 entfalten, sollte an vier Stellen angesetzt werden:
- 14 • Qualität der beruflichen Chancen verbessern: Die bessere Anerkennung und
15 Inwertsetzung ausländischer Qualifikationen kann die qualifikationsadäquate
16 Beschäftigung von Migrant*innen verbessern. Hierzu müssen die im
17 Fachkräfteeinwanderungsgesetz vorgesehenen Besserungen bei bürokratischen
18 Prozessen und der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen konsequent
19 umgesetzt werden.
 - 20 • Potenzial ausländischer Frauen stärken: Eine gezielte Ansprache und zusätzliche
21 Unterstützungsmaßnahmen bei der Kinderbetreuung könnten dazu beitragen, den
22 Frauenanteil bei der Fachkräftezuwanderung zu steigern und die
23 qualifikationsadäquate Beschäftigung von Frauen zu verbessern.
 - 24 • Unterschiedliche Instrumente der Fachkräftesicherung besser verzahnen: Die
25 Förderung von Teilhabe durch gute Arbeit ist mit einer fairen Migrationspolitik
26 zu kombinieren. Bessere Arbeitsbedingungen machen Branchen mit
27 Fachkräfteengpässen attraktiver für Inländer*innen, sichern eine lange
28 Beschäftigungsfähigkeit und verhindern, dass Ausländer*innen in diesen Branchen
29 schlechter gestellt sind.
 - 30 • Transnationale Kooperation zur Fachkräftegewinnung ausbauen: Ausländische
31 Fachkräfte in Engpassbranchen müssen durch Informationsangebote im Ausland und
32 im Rahmen von Ausbildungspartnerschaften gezielt angesprochen werden. Gerade um
33 die vergleichsweise hohen Bedarfe im Ausbildungsbereich zu bedienen und
34 Kompatibilitätsprobleme zwischen unterschiedlichen Berufsbildungssystemen

35 auszugleichen, bedarf es internationaler Kooperationen.

36 Unternehmer*innen mit Migrationshintergrund leisten in wachsendem Umfang Beiträge zu
37 Beschäftigung und wirtschaftlicher Dynamik in Deutschland. Jedoch gibt es noch Luft
38 nach oben, Förder- und Beratungsstrukturen müssen angepasst und es muss insbesondere
39 mehr in Bildung investiert werden.

40 Verschiedene Untersuchungen konnten aufzeigen, dass der ökonomische Erfolg für
41 ausländische Mitbürger gerade mit der Erlangung der Selbstständigkeit erzielt wird.
42 Des Weiteren wird auch der freie Zugang zur Selbstständigkeit mit der positiven
43 Möglichkeit einer höheren Integrationschance (bzw. Integrationswahrscheinlichkeit)
44 einhergehen. Unternehmerische Aktivität von Ausländern hat eine bedeutende Funktion
45 zur Integration und zum Ökonomischen und gesellschaftlichen Aufstieg. Es zeigt sich,
46 dass durch selbstständige Personen einer Ethnie weitere Personen dieser Ethnie in
47 Arbeit kommen können, da vermehrt Personen aus der gleichen Bevölkerung eingestellt
48 werden.

49 Letztlich wäre Deutschland gut beraten, die Selbstständigkeitschancen für
50 Immigrant*innen zu erhöhen, um die Integrationschancen zu verbessern.

51 Wichtige Punkte:

- 52 • Die Politik aber auch die berufsständischen Körperschaften täten gut daran,
53 Zugewanderte auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit stärker zu unterstützen.
- 54 • Bessere und unbürokratische Anerkennung der Abschlüsse auf allen Ebenen.
- 55 • Bessere Unterstützung der ausländischen Frauen in den Prozess der
56 Selbstständigkeit, der auch mit der Integration stark verbunden ist.

Antrag IT06: Stärkung der Integrationsarbeit im ländlichen Raum

Antragsteller*in:	MuV Bezirk Hessen-Nord
Status:	überwiesen an Antragsteller*in zur Überarbeitung
Sachgebiet:	MuV - IT - Integration und Teilhabe

- 1 Die SPD setzt sich für die Stärkung der Integrationsarbeit in ländlichen Regionen
- 2 ein. Bestehende Förderprogramme sollen auf ihre Affinität für ländlich geprägte
- 3 Landkreise geprüft und entsprechend angepasst werden. Es sollen Fördermöglichkeiten
- 4 speziell für diese Räume ermöglicht und in Zusammenarbeit und unter Berücksichtigung
- 5 örtlicher Gegebenheiten mit kommunalen Vertreter*innen aufgestellt werden.
- 6 Die Integration von ausländischen Menschen und Diversitätspolitik soll grundsätzlich
- 7 zur Pflichtaufgabe der Kommunen werden.
- 8 Wir fordern alle gewählten sozialdemokratischen Funktionsträger*innen auf kommunaler
- 9 Ebene auf, an regelmäßigen fachbezogenen Workshops teilzunehmen. Zur Umsetzung werden
- 10 die zuständigen Unterbezirke und Fraktionen aufgefordert.

Antrag IT07: Kultursensible Hilfe für Kinder und Schüler*innen in Kitas/Schulen und ärztlichen Untersuchungen!

Antragsteller*in:	MuV Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	zurückgezogen
Sachgebiet:	MuV - IT - Integration und Teilhabe

- 1 Die kultur- und sprechsensible Hilfe und Unterstützung zum maximalen Schutz für
- 2 Kinder und Schüler muss gewährleistet sein.
- 3 Vor allem in Kita und Schulen ist diese Hilfe erforderlich, um Defizite und Traumata
- 4 zu erkennen und eine entsprechend individuelle Förderung und Therapie zu
- 5 ermöglichen. Diese Unterstützung hilft auch dem Kita-Personal und Lehrkräften, die
- 6 Schutzsuchenden zu verstehen und entsprechend den Bedürfnissen zu fördern. Die
- 7 kultursensible Hilfe, kann auch familiär ausgelöste Situationen besser einschätzen
- 8 und an entsprechende Einrichtungen/Organisationen/Behörden verweisen.
- 9 Vor allem bei medizinischen Untersuchungen und Gesprächen, ist die kultursensible
- 10 Anamnese sehr wichtig. Ärzt*innen können so Sprache und kulturelle Barrieren im Sinne
- 11 des Kindes/Minderjährigen einschätzen und die richtige Diagnose ermitteln.

Antrag Mi01: Aufnahme aus Afghanistan umsetzen!

Antragsteller*in:	MuV Landesverband Berlin
Status:	angenommen
Sachgebiet:	MuV - Mi - Migration

- 1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung,
2 der SPD geführten Länder, den Bundeskonvent sowie jede Genossin und Genossen
3 und die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages dazu auf, sich für eine
4 zeitnahe Umsetzung eines Bundesaufnahmeprogrammes für Afghanistan einzusetzen. Das
5 Programm soll dabei folgende Punkte enthalten:
- 6 • Auf Grund der fast 20 Jahre andauernden direkten Verbindung Deutschlands durch
7 das Engagement in Afghanistan und der daraus erwachsenen Verantwortung, muss ein
8 Bundesaufnahmeprogramm in einer substantiellen Größenordnung ausgestaltet sein.
9 Die Zustimmung zu aktuellen Anfragen aus Berlin, Bremen und Thüringen sind vom
10 BMI zu erteilen. Kapazitäten für eine Evakuierung von 20.000 Personen im Jahr
11 über einen Zeitraum pro Jahr sind einzurichten.
 - 12 • Unabhängig vom Bundesaufnahmeprogramm für Afghanistan soll es weiterhin möglich
13 sein, exponierte Einzelfälle direkt bei der Visaeinzelfallprüfung Ref. 509 des
14 Auswärtigen Amtes zur Überprüfung einzureichen, und in begründeten Fällen die
15 sofortige Aufnahmezusage für besonders gefährdete Personen aus dringenden
16 humanitären Gründen nach § 22 Satz 2 des Aufenthaltsgesetzes zu erteilen. Auch
17 eigenständige Landesaufnahmeprogramme müssen ermöglicht werden.
 - 18 • Separate Programme für andere diverse Zielgruppen sind demnach getrennt zu
19 behandeln und werden nicht auf die Zahlen des Bundesaufnahmeprogrammes
20 angerechnet.
 - 21 • Die Aufnahmekriterien sollen von der Bundesregierung noch im Jahre 2022 klar
22 definiert werden und
 - 23 • die Menschen müssen einen niederschweligen, vereinfachten und beschleunigten
24 Zugang zum Verfahren in Afghanistan erhalten, das Angebot darf nicht nur die
25 „gut vernetzten“ Menschen erreichen.
 - 26 • Zivilgesellschaftliche Organisationen, hauptsächlich die, die vor Ort präsent
27 sind, sollen beteiligt werden, gleichzeitig sollen sie aber nicht die gesamte
28 Verantwortung für die Auswahl der Menschen tragen.
 - 29 • Für eine Ausreise in angrenzende Staaten müssen auf diplomatischen Wege weitere
30 Routen eröffnet werden.
 - 31 • Gefährdete Gruppen müssen realitätsnah definiert werden, der Personenkreis darf
32 nicht zu eng ausgelegt werden. Besonders gefährdeten Menschen muss es möglich
33 sein, sich für das Programm zu bewerben, unabhängig davon, welcher verfolgten
Gruppe sie angehören. So müssen Beteiligte am Demokratie- und

34 Rechtsstaatsaufbau, Künstler*innen, Journalist*innen,
35 Menschenrechtsaktivist*innen, alleinstehende Frauen und Mädchen,
36 Ehepartner:innen von in Deutschland lebenden Afghanen/Afghaninnen oder Deutschen
37 mit afghanischen Wurzeln, Menschen mit LGBTQ-Hintergrund und weitere besonders
38 gefährdete Gruppen die Chance haben, sich für das Programm zu bewerben.

- 39 • Das Programm soll sowohl Personen in Afghanistan als auch im Ausland wohnhaften
40 Afghan*innen offenstehen, sofern für sie noch eine besondere Gefährdung besteht.
41 Die Aufnahme aus dem Ausland soll auch durch ein großzügiges Resettlement-
42 Kontingent für besonders schutzbedürftige afghanische Flüchtlinge gestärkt
43 werden.
- 44 • Des Weiteren soll eine Aufnahmezusage auch an einen breiteren Familienkreis
45 erteilt werden, wenn für diesen ein besonderes Abhängigkeitsverhältnis oder eine
46 eigene, besondere Gefährdungslage besteht.
- 47 • Ortskräfteverfahren: Aufgrund von ihrer Tätigkeit bei einer Institution der
48 bilateralen deutschen EZ oder einer politischen Stiftung sind weitere Personen
49 gefährdet, die in keinem direkten Arbeits-/Beschäftigungsverhältnis, sondern als
50 sog. Subunternehmer*innen oder Werkvertragsarbeiter*innen angestellt waren.
51 Wenn für sie aufgrund von dieser Tätigkeit eine besondere Gefährdung besteht,
52 soll auch ihnen eine Aufnahmezusage erteilt werden.

53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Empfänger*in(nen):

SPD Parteivorstand

SPD Mitglieder der Bundesregierung

SPD Bundestagsfraktion

SPD Parteikonvent

Antrag Mi02: Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan umsetzen

Antragsteller*in:	MuV Landesverband Brandenburg
Status:	erledigt durch Mi01
Sachgebiet:	MuV - Mi - Migration

1 Bald jährt sich die Machtergreifung Afghanistans durch die Taliban zum ersten Mal.
2 Zehntausende Menschen, insbesondere Frauen, müssen um ihr Leben bangen, weil sie sich
3 in den letzten zwanzig Jahren gemeinsam mit Deutschland und anderen Nationen für den
4 Aufbau eines demokratischen Systems in Afghanistan eingesetzt haben. In der Welt der
5 Taliban haben Frauen außerhalb ihrer Wohnung keinen Platz, sie werden gänzlich aus
6 der Öffentlichkeit verbannt. Zudem wird ihnen jeglicher Bildungsweg, sowohl an
7 Schulen als auch privat versperrt. Deutschland ist seiner Verantwortung, besonders
8 exponierte Menschen zu beschützen, nicht ausreichend nachgekommen. Es ist zwar zu
9 schätzen, dass die Ortskräfte zu einem großen Teil in Sicherheit gebracht werden
10 konnten. Dies genügt allerdings nicht, um der Verantwortung, die Deutschland hat,
11 gerecht werden zu können.

12 Berlin und Thüringen beschlossen unmittelbar nach der Machtübernahme durch die
13 Taliban ein Landesaufnahmeprogramm. Damit diese Wirksamkeit erlangen können, bedarf
14 es der Zustimmung des Bundes, der sie mit der Begründung zurückhält, er wolle selbst
15 ein Aufnahmeprogramm initiieren. Da dies bislang nicht passiert ist, wird die
16 Bundesregierung aufgefordert, ein Bundesaufnahmeprogramm nach dem Vorbild der
17 Berliner und Thüringer Landesaufnahmeprogramme auf den Weg zu bringen. Das geplante
18 Bundesaufnahmeprogramm soll sich auf afghanische Staatsangehörige beziehen, die sich
19 in Afghanistan oder den Anrainerstaaten (Pakistan, Iran, Tadschikistan etc.)
20 aufhalten und enge Verwandte in Deutschland haben. Zudem sollen folgende
21 Mindeststandards enthalten sein:

22 Für eine Aufnahme muss der/die Antragsteller*in Familienangehörige/r ersten bzw.
23 zweiten Grades (also Eltern, Kinder, Enkel, Großeltern, Geschwister) des bzw. der
24 Geflohenen sein, sich mindestens seit einem Jahr in Deutschland aufhalten, seit
25 mindestens einem Jahr in einem Bundesland wohnen (Hauptwohnsitz) und aktuell in dem
26 Bundesland der Antragstellung mit dem Hauptwohnsitz gemeldet sein, ohne dass dem eine
27 Wohnsitzauflage entgegensteht. Die aufnehmende Person muss die deutsche oder
28 afghanische Staatsangehörigkeit besitzen oder freizügigkeitsberechtigter EU-
29 Bürger*innen, EWR-Staatsangehöriger, Drittstaatsangehöriger oder Staatsangehöriger
30 der Schweiz mit einer Schweizer Aufenthaltserlaubnis sein. Zudem muss sie im Besitz
31 eines gültigen befristeten oder unbefristeten Aufenthaltstitels sein und über ein
32 Einkommen verfügen, mit dem sie die aufzunehmenden Personen finanzieren kann oder
33 eine Verpflichtungserklärung seitens Dritter nachweisen.

34 In der Erklärung muss sich die antragstellende Person zur Übernahme sämtlicher Kosten
35 für den Aufenthalt des/der Verwandten, inklusive Unterbringung verpflichten.

36 Ausgenommen sind die Kosten bei Pflegebedürftigkeit und Krankheit. Die
37 Verpflichtungserklärung muss nicht zwingend durch den Antragsteller selbst, sondern
38 kann auch von Dritten abgegeben werden, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im
39 Bundesgebiet haben. Dieses Aufnahmeprogramm würde tausenden afghanischen bzw.
40 mittlerweile deutsch-afghanischen Mitbürgern, die sich in der Gesellschaft bestens
41 integriert haben, ein Instrument an die Hand geben, ihre Familien der Lebensgefahr in
42 Afghanistan zu entziehen. Zugleich würde Deutschland seiner Verantwortung gerecht
43 werden, ohne dass dadurch der Haushalt tangiert würde, denn die Kosten für die
44 Aufnahme in Deutschland müssen die Antragsteller*innen selbst übernehmen.

Antrag Mi03: Sofortige Aufnahme Schutzsuchender aus Afghanistan

Antragsteller*in:	MuV Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	erledigt durch Mi01
Sachgebiet:	MuV - Mi - Migration

- 1 Wir fordern die Bundesregierung auf, die Aufnahme bedrohter Afghaninnen und Afghanen
- 2 sofort erheblich zu beschleunigen.
- 3 Als Schutzsuchende verstehen wir Personen, die:
 - 4 1. Entweder direkt oder indirekt für die deutschen NATO-Kontingente tätig waren;
 - 5 2. Deren direkte Angehörige entweder direkt oder indirekt für die deutschen NATO-
 - 6 Kontingente tätig waren;
 - 7 3. Die, oder deren Angehörige, direkt oder indirekt für eine andere deutsche
 - 8 Institution, Behörde, Firma oder NGO tätig waren oder sind;
 - 9 4. Deren direkte Angehörige bereits als anerkannte Flüchtlinge, subsidiär
 - 10 Schutzberechtigte oder deutsche Staatsbürger*innen in Deutschland leben, oder
 - 11 deren direkte Angehörige sich noch im Asylverfahren in Deutschland befinden.
- 12 Als direkte Angehörige definieren wir Personen, die entweder Vater, Mutter, Kind,
- 13 Geschwister oder Ehegatt*innen (egal welchen Alters) der entsprechenden Person sind.

Empfänger*in(nen):

Bundesregierung

Antrag Mi04: Landesaufnahmeprogramme für Menschen in Not ermöglichen

Antragsteller*in:	MuV Landesverband Berlin
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	MuV - Mi - Migration

- 1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und des
2 Bundestages auf, den Beschluss der Bundestagsfraktion vom 2.3.21 zu einer Neuregelung
3 des§ 23 Abs. 1 AufenthG umzusetzen. Die Aufnahmebereitschaft und Kapazität
4 zahlreicher Bundesländer und ihrer Kommunen muss genutzt werden, um Menschen in
5 humanitären Krisensituationen (wie in Moria oder Afghanistan) unsere Unterstützung
6 und Solidarität zukommen zu lassen. Unsere gemeinsamen europäischen Werte und die
7 Menschenrechte verpflichten uns. Die Zustimmung zu aktuellen Anfragen aus Berlin,
8 Bremen und Thüringen sind vom BMI zu erteilen.
- 9 Der Beschluss der Fraktion hält daher fest: „Es darf aber nicht sein, dass
10 politischer Aufnahmewille durch bürokratische Argumente und verwaltungstaktisches
11 Handeln nicht zum Tragen kommt.“
- 12 Es bedarf daher dringend der von der Fraktion beschlossenen Neuregelung des § 23 Abs.
13 1 AufenthG wie folgt:
- 14 *Nach Satz 3 wird ein neuer Satz 4 eingefügt: „Das Einvernehmen gilt als erteilt, wenn*
15 *das*
16 *Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat nicht innerhalb von vier Wochen*
17 *begründete,*
18 *die innere Sicherheit oder die Aufnahmebereitschaft anderer Staaten betreffende*
19 *Bedenken geltend macht.“. Der bisherige Satz 4 wird zu Satz 5.*

Empfänger*in(nen):

SPD Mitglieder der Bundesregierung

SPD Bundestagsfraktion

Antrag Mi05: Beschleunigung und Erleichterung der Visavergabe bei Visa zur medizinischen Behandlung

Antragsteller*in:	MuV Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Sachgebiet:	MuV - Mi - Migration

- 1 Wir fordern ein beschleunigtes und erleichtertes Verfahren zur Erlangung eines
- 2 Schengen-Visums zur medizinischen Behandlung.
- 3 Medizinische Notfälle gebieten schnelles Handeln. Für die Beantragung eines Termins
- 4 zur Beantragung eines medizinischen Visum muss eine „Fast Lane“ etabliert werden, so
- 5 dass Anträge in der Auslandsvertretung bei Vorlage der medizinischen Indikation
- 6 binnen einer Frist von einer Woche nach Beantragung des Termins zur Antragsstellung
- 7 gestellt werden können. Die Bundesregierung/ das Auswärtige Amt soll weiterhin die
- 8 Auslandsvertretungen mit einem vereinheitlichten Verfahren anweisen, Visa zur
- 9 medizinischen Behandlung binnen einer Frist von zwei Wochen nach Antragsstellung zu
- 10 erteilen.
- 11 In diesem Zusammenhang fordern wir auch die Digitalisierung des Schengen-
- 12 Informations-Systems SIS und die Anbindung aller Auslandsvertretungen in
- 13 Drittländern. Momentan stellt die Auslandsvertretung eine Anfrage an das SIS und muss
- 14 etwa 5 bis 10 Tage auf die relevante Information warten.
- 15 Die Vorlage von notwendigen Unterlagen, Beglaubigungen und Übersetzungen soll auf ein
- 16 notwendiges Minimum reduziert werden.

Empfänger*in(nen):

SPD Parteikonvent

SPD Parteitag

Antrag Mi06: Vergessenes Elend - Die Würde des Menschen ist unantastbar

Antragsteller*in:	MuV Landesverband Brandenburg
Status:	Sonstiges Annahme als Begründung zu MI07
Sachgebiet:	MuV - Mi - Migration

1 Die EU-Migrationspolitik steckt seit Jahren in einer Sackgasse. Über die Frage der
2 gerechten Verteilung von Geflüchteten auf die Mitgliedsstaaten zerstreiten sich die
3 zuständigen Innenminister der einzelnen Länder, während die Menschen an den EU-
4 Außengrenzen beziehungsweise in Lagern auf den griechischen Inseln leiden und ohne
5 Würde leben. Die Bedingungen auf den Inseln sind erschreckend und beschämend
6 zugleich. Heute spricht kaum mehr jemand vom Schicksal der Geflüchteten, die in
7 Griechenland festsitzen und immer noch in Zelten ohne ausreichende sanitäre
8 Einrichtungen leben. Zusätzlich haben sie oftmals keinen Zugang zu wichtigen
9 Informationen über das Asylverfahren. Menschen, insbesondere Kinder, sollten keinen
10 gefängnisähnlichen Zäunen ausgesetzt sein und keine Gewalt miterleben, sondern in die
11 Schule gehen.

12 Die ersten Wochen der offenen Grenzen zur Ukraine haben gezeigt, dass es möglich ist,
13 Geflüchtete nach demokratischen Werten und internationalem Recht in Europa Schutz zu
14 gewähren, wenn die zuständigen Politiker*innen das wollen. Dass seit Jahren tausende
15 Asylsuchende in Lagern eingesperrt sind, ist in keiner Weise mit den Werten der
16 Europäischen Union vereinbar. Warum zählt das Leid eines Flüchtlings aus Afghanistan,
17 Syrien, dem Jemen oder aus durch Terror bedrohten afrikanischen Ländern nicht genauso
18 viel wie das der Menschen, die jetzt aus der Ukraine zu uns kommen? Deutschland muss
19 endlich handeln, um die unhaltbare Situation der Menschen zu verbessern.

20 Die Geldzahlungen und Lieferungen von Hilfsgütern in den letzten Jahren haben die
21 Lebensumstände für Geflüchtete in den Hotspots auf den griechischen Inseln nur
22 unerheblich verbessert. Die Situation ist weiterhin katastrophal, daher muss sich die
23 Bundesregierung sofort für menschenwürdige Lebensbedingungen einsetzen und
24 verhindern, dass Menschen auf der Flucht in gefängnisähnlichen Lagern untergebracht
25 werden. In Abstimmung mit den europäischen Partnern sollte sich unser Bundeskanzler
26 persönlich dafür einsetzen, dass alle Geflüchteten, die an EU-Außengrenzen in Lagern
27 leben, Zugang zur Europäische Union bekommen, sodass ihr Antrag auf Asyl in fairer
28 und rechtsstaatlicher Weise geprüft werden kann.

Empfänger*in(nen):

SPD Parteikonvent

SPD Parteitag

Antrag Mi07: Keine Asylverfahren an den europäischen Außengrenzen!

Antragsteller*in:	MuV Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Sachgebiet:	MuV - Mi - Migration

- 1 Für alle Schutzsuchenden muss der Zugang zu einem fairen Rechtsstaatsverfahren in den
- 2 EU-Staaten sichergestellt werden.
- 3 Die aktuell bestehenden „Menschenlager“ an den europäischen Außengrenzen sollen
- 4 unverzüglich geschlossen werden und die Schutzsuchenden in die EU-Länder verteilt
- 5 werden. Bei der Verteilung dürfen Schutzsuchende nicht von ihren Familien,
- 6 Angehörigen und Bekannten getrennt werden.
- 7 Das Screening-Verfahren darf nicht dazu führen, dass Menschen ein ordentliches
- 8 Asylverfahren, inklusive Klage und Überprüfungsmechanismen vor ordentlichen
- 9 Gerichten, verwehrt wird.
- 10 Außengrenzverfahren, die dies zur Folge hätten, lehnen wir ab. Massenweise
- 11 Ablehnungen in Schnellverfahren an den Außengrenzen hätten weitere Massenlager an
- 12 diesen Außengrenzen zur Folge und sind für uns nicht hinnehmbar. Eine Reform des
- 13 Europäischen Asylsystems, welche dies nicht ausschließen kann, lehnen wir daher ab
- 14 und fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, eine solche
- 15 Reform im Europäischen Rat zu stoppen.
- 16 Die Anhörungsstellen innerhalb der EU sind aufgefordert, bei Aufnahme, Anhörung und
- 17 im Asylverfahren mit behördenunabhängigen Verbänden und NGOs zusammenzuarbeiten und
- 18 deren Asylverfahrensberatung in die Entscheidung einfließen zu lassen.

Empfänger*in(nen):

sozialdemokratische Mitglieder der Bundesregierung
SPD-Bundesparteitag

Antrag Mi08: Bestrafung/Sanktionierung von Staaten, die PUSHBACKS tolerieren! Schutzsuchende sind keine ILLEGALEN!

Antragsteller*in:	MuV Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	MuV - Mi - Migration

- 1 Wir fordern auf Bundes- und EU-Ebene ein sofortiges Verfahren und die Bestrafung von
- 2 Pushbacks.
- 3 Pushbacks und gewalttätige Grenzpatrouillen sind nicht zu dulden. Die Verletzung von
- 4 Menschenrechten und willkürliche Gewaltanwendung von Staatsbediensteten muss
- 5 Konsequenzen haben. Die Gewaltanwendungen, Entmenschlichungen und Tötungen von
- 6 Schutzsuchenden, darf nicht hingenommen werden. Schutzsuchende dürfen nicht
- 7 unterteilt werden, sondern müssen alle unter höchster Achtung der Menschenrechte
- 8 aufgenommen werden.
- 9 Die körperliche Unversehrtheit und Schutz vor staatlicher Gewaltwillkür darf von den
- 10 Rechtsstaaten unter keinen Umständen missachtet werden.
- 11 Wir fordern die Einsetzung eines Kontrollgremiums durch das EU-Parlament, um den
- 12 alltäglichen und systematischen Bruch internationalen und europäischen Rechts an
- 13 Europas Grenzen zu beenden und vor allem die Begrifflichkeit „illegale Einreisen“
- 14 abzuschaffen.
- 15 Schutzsuchende sind keine Illegalen!

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Sozialdemokratische Europaabgeordnete

Antrag 001: Vielfalt leben statt predigen: Besetzung der Funktionen und Mandate innerhalb und für die SPD mit Menschen mit Einwanderungsgeschichte

Antragsteller*in:	MuV Landesverband Nordrhein-Westfalen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	MuV - O - Organisation

- 1 Die Bundeskonferenz der AG Migration und Vielfalt in der SPD beauftragt den
- 2 Bundesvorstand der AG Migration und Vielfalt in der SPD sich mit dem Thema einer
- 3 Quotierung zugunsten von Menschen mit Einwanderungsgeschichte für die Besetzung von
- 4 Funktionen und Mandaten in und für die SPD auseinander zu setzen. Der Bundesvorstand
- 5 der AG Migration und Vielfalt in der SPD wird beauftragt, sich in seiner kommenden
- 6 Amtszeit (zwei Jahre) einen Antrag für den Bundesparteitag zu formulieren, zu stellen
- 7 und versuchen Mehrheiten dafür zu organisieren. Dabei könnte beispielsweise die
- 8 Gesamtanzahl der Personen mit Einwanderungsgeschichte in sämtlichen Positionen
- 9 proportional zur Zahl der wahlberechtigten Menschen mit Einwanderungsgeschichte, nach
- 10 der Definition des Bundesamtes für Statistik und Wahlen, erfolgen.

Empfänger*in(nen):

MuV Bundesvorstand
SPD-Bundesparteitag
SPD-Bundesvorstand

Antrag 002: Einrichtung einer Bundes-AG für Innere Sicherheit

Antragsteller*in:	MuV Landesverband Brandenburg
Status:	zurückgezogen
Sachgebiet:	MuV - O - Organisation

- 1 Gegenwärtig haben 8 von 16 Landesverbänden Arbeitskreise oder Arbeitsgemeinschaften
- 2 für Sozialdemokraten in der Polizei (SiP) eingerichtet. Auf Bundesebene gibt es keine
- 3 dazu passende Struktur. Das Thema innere Sicherheit darf nicht nur lokal bearbeitet
- 4 werden, hier braucht es eine deutschlandweite Abstimmung. Wir brauchen als AG
- 5 Migration und Vielfalt bessere Gesprächskanäle zu unseren Genoss*innen in der
- 6 Polizei, um über progressive Ansätze in der Sicherheitspolitik in den Austausch zu
- 7 kommen. Dies würde auch dazu beitragen, Diskussionen über einen verbesserten Schutz
- 8 vor Diskriminierung durch die Überarbeitung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes
- 9 (AGG) und die Einführung von Landesantidiskriminierungsgesetzen (LAGs) zu
- 10 versachlichen.

Antrag S01: Friedens- und Sicherheitspolitik in den Blick nehmen

Antragsteller*in:	MuV Bundesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	MuV - S - Sicherheitspolitik

- 1 Der Bundeskongress der Arbeitsgemeinschaft Migration & Vielfalt in der SPD beauftragt
- 2 den Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt sich des
- 3 Themenfeldes der Friedens- und Sicherheitspolitik anzunehmen.

Antrag S02: Einbeziehung des Bundessicherheitsrates in den Deutschen Bundestag

Antragsteller*in:	MuV Bezirk Hessen-Süd
Status:	Sonstiges Zurück an Antragstellerin zur Überarbeitung und Neueinbringung
Sachgebiet:	MuV - S - Sicherheitspolitik

- 1 Der Bundessicherheitsrat darf nicht mehr geheim tagen und muss den Deutschen
- 2 Bundestag in seine Sitzung miteinbeziehen.

Antrag S03: Generelles Exporterbot von Handfeuerwaffen und Waffenfabriken

Antragsteller*in:	MuV Bezirk Hessen-Süd
Status:	Sonstiges Zurück an Antragstellerin zur Überarbeitung und Neueinbringung
Sachgebiet:	MuV - S - Sicherheitspolitik

- 1 Die AG Migration und Vielfalt fordert die Bundestagsfraktion der SPD dazu auf, dass
- 2 der Deutsche Bundestag ein generelles Verbot von Handfeuerwaffen, Waffenfabriken, das
- 3 entsprechende Know How und Lizenzen einführt.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Beschlüsse

zur ordentlichen
Bundeskonferenz der
Arbeitsgemeinschaft
Migration und Vielfalt

am 10. September 2022 in Berlin